Herrn Oberbürgermeister
Bernd Tischler
Stadt Bottrop
Rathaus

46236 Bottrop

31.01.2022

Gemeinsamer Antrag zur Ratssitzung am 15.02.2022 der Fraktionen und Gruppen SPD, Bündnis90/Die Grünen, ÖDP, DKP, FDP, Die Linke

Erklärung „Bottrop ist sicherer Hafen für Geflüchtete“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

auf Initiative des Flüchtlingshilfe Bottrop e.V. hat sich ein Koordinierungskreis (Evangelische und Katholische Kirche, AG Soziale Brennpunkte, Bündnis Buntes Bottrop, Flüchtlingshilfe Bottrop e.V., Bündnis90/Die Grünen) gegründet und die Resolution zum Beitritt Bottrops zum Netzwerk Seebrücke - Sicherer Hafen vorbereitet und den demokratischen Parteien im Rat der Stadt Bottrop zur Beratung und Antragsstellung übergeben.

Antragstext:

1. Der Rat der Stadt Bottrop unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“ und erklärt sich offiziell zum sicheren Hafen für geflüchtete Menschen.
Der Rat erklärt sich damit mit Menschen auf der Flucht und der Seenotrettung solidarisch.

2. Der Rat stellt fest, dass die Stadt Bottrop geflüchtete Menschen, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, in EU-Außenlagern festsitzen oder aus Krisengebieten wie Afghanistan noch nicht ausgeflogen werden können, zusätzlich zur Verteilquote nach dem Königssteiner Schlüssel aufnehmen könnten.
Die Verwaltung wird diese grundsätzliche Bereitschaft der Bundesregierung mitteilen und anbieten. Die Verwaltung wird dabei gegenüber der Bundes- und Landesregierung klarstellen, dass diese Bereitschaft mit der Bedingung verbunden ist, für eine transparente und gerechte Verteilung aller Geflüchteter auf die Kommunen Sorge zu tragen und die Kommunen entsprechend finanziell auszustatten.

3. Der Rat appelliert an die Bundes- und Landesregierung, sich verstärkt für die Bekämpfung von Fluchtursachen, für sichere Fluchtwege und für eine humane europäische Flüchtlingspolitik einzusetzen.

4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die aufnahmewilligen Kommunen zusätzlich zu unterstützen.

Begründung:
Menschen auf der Flucht wenden sich nicht freiwillig von ihrer Heimat ab. Sie suchen nach sicheren Lebenskontexten. Dabei sind die Motive der einzelnen Personen sehr unterschiedlich. Lebensbedrohliche, politische oder humanitäre Einflüsse wirken sich existenziell auf die Sicherheit des Lebens im Herkunftsland aus und führen zur Flucht. Das Recht auf Asyl ist als eines der höchsten universellen Güter zu betrachten. Solange Menschen auf dieses Recht in ihrem Heimatland nicht zurückgreifen können und damit keinen sicheren Fluchtweg beschreiten können, sind sie gezwungen, Herausforderungen einer Flucht anzunehmen. Sie sind Schleppern ausgeliefert, illegalen Lebenssituationen, Gewalt, Folter und Vergewaltigung ausgesetzt, übergeben sich in die Abhängigkeit von fremden Menschen und Ausbeutungssystemen. Auf der Flucht werden sie zum Spielball politischer und wirtschaftlicher Machtstrategien der jeweils beteiligten Staaten.
Die tägliche Berichterstattung liefert zahlreiche Beispiele der lebensbedrohlichen Situationen im Mittelmeer, in Kriegs- und Krisengebieten sowie in den EU-Außenlagern.

In unserer Stadt haben wir positive Erfahrungen im Bereich der Integration der zugewiesenen Geflüchteten gemacht. Die Solidargemeinschaften der Zivilgesellschaft haben im Zusammenwirken mit kommunalen Unterstützungsstrukturen dazu beigetragen, dass sich zwischen ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteuren, Vereinen, Verbänden und Behörden konstruktive Netzwerke entwickelt haben. Auf diese Erfahrungen und Strukturen kann auch bei der Zuteilung weiterer Geflüchteter zugegriffen werden.

Auf dieser Grundlage hat sich der Koordinierungskreis (Evangelische und Katholische Kirche, AG Soziale Brennpunkte, Bündnis Buntes Bottrop, Flüchtlingshilfe Bottrop e.V., Bündnis90/Die Grünen) zur Seebrücke - Sicherer Hafen Bottrop gegründet. Er verfolgt das Ziel, die Solidargemeinschaften in der Stadt zu vernetzen und deutlich zu machen, dass Aufnahme und Integration weiterer Geflüchteter in unserer Stadt möglich sind. Neben der Begleitung der Geflüchteten stehen Bekämpfung von Fluchtursachen, Aufklärung und Information zu den Lebenssituationen in den Herkunftsländern sowie die politische Auseinandersetzung in Bezug auf sichere Fluchtwege im Vordergrund der Aktivitäten.

Es gilt der Grundsatz: Gemeinsam können wir Geflüchteten in der Stadt Bottrop einen sicheren Lebenshafen anbieten und mit ihrer Einlassung den Einstieg in eine neue Heimat gestalten.

Der Stadtrat sucht in erster Linie den Dialog mit den Gremien der Landes- und Bundesregierung.

Unsere aktuellen Forderungen Seebrücke/Bottrop

Zu einem Sicheren Hafen gehört für uns, dass Bottrop:

Öffentliche Solidaritätserklärung
1. sich mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und unseren Zielen solidarisch erklärt.

Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung

2. sich für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik einsetzt, damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen.

3. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer positioniert,

Aufnahme von Menschen auf der Flucht

4. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzt, mit denen die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.

Kommunales Ankommen und Bleiben gewährleisten

6. für alle geflüchteten Menschen - unabhängig vom Fluchtweg - für ein langfristiges Ankommen sorgt. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.

7. für Bleibeperspektiven eintritt und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen einsetzt. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.

Vernetzung

8. sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzt. Dafür vernetzt sie sich mit anderen Städten und tritt dem kommunalen Bündnis “Städte Sicherer Häfen” bei. Sichere Häfen setzen sich in ganz Europa für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein.

Transparenz

9. alle unternommenen Handlungen veröffentlicht.

Quelle der ursprünglichen 11 Forderungen: **https://seebruecke.org/**

Mit freundlichen Grüßen

gez. Thomas Göddertz MdL
Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion

gez. Andrea Swoboda
Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion
Bündnis90/Die Grünen

gez. Marianne Dominas
Sprecherin der ÖDP-Ratsgruppe

gez. Jörg Wingold
DKP-Ratsgruppe

gez. Oliver Mies
Sprecher der FDP-Ratsgruppe

gez. Niels Schmidt
Sprecher der Ratsgruppe Die Linke